

2. Darmstädter MieterPlenum

Wohnungssituation im Regierungsbezirk Darmstadt

In einem furiosen Vortrag, gespickt mit einer Vielzahl von Zahlen und Statistiken, zeigte Matthias Günther vom Pestel-Institut Hannover auf, weshalb er davon ausgeht, dass auch im Regierungsbezirk Darmstadt davon gesprochen werden muss, dass eine Wohnungsnot jedenfalls dann unausweichlich ist, wenn die Verantwortlichen nicht konsequent und weitblickend handeln.

Deutlich wurde, dass der gesamte Regierungsbezirk Darmstadt eine starke Zuzugsregion ist und somit von einem Bevölkerungsrückgang, wie noch vor Jahren prognostiziert, auch künftig nicht ausgegangen werden kann. Gleichzeitig ist der Wohnungsneubau in ganz erheblichem

Ausmaß zurückgefahren worden mit seinem Tiefpunkt in den Jahren 2009/2010. Der sich daraus jetzt rasant entwickelnden Wohnungsknappheit kann auch mit einem seit 2013 wieder deutlich ausgeweiteten Wohnungsneubau nicht unmittelbar entgegengewirkt werden.

Günther machte deutlich, dass insbesondere drei Faktoren zu einer Wohnungsnot in den Städten führen. Zum einen bleiben die Familien in den Städten, zum anderen hat die Zahl der Studierenden ebenso stark zugenommen wie die Auslandszuwanderung, die im Jahr 2013 ihren höchsten Wert seit 1995 erreicht hat. Grund ist sicherlich vor allem das konstant hohe Beschäftigungsniveau in der Region Darmstadt.

Das Verlassen des ländlichen Raums und die Konzentration auf die Städte führen, gepaart mit einer geringen Neubautätigkeit in den letzten zehn Jahren, zu einer Wohnungsnot in den Städten. Gleichzeitig stagnierende bis rückläufige Einkommen zwingen vor allem Haushalte mit niedrigen Einkommen, bei Mieterhöhungen ihren Wohnstandort zu wechseln.

Auch Günther plädierte in seinem Vortrag dafür, die Zurverfügungstellung von Wohnraum wieder deutlich stärker zur Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge zu machen und die Zahl der öffentlich geförderten, anmietbaren Wohnungen spürbar zu erhöhen, denn die starke Nachfrage auf den Wohnungsmärkten der

Städte führt unweigerlich zu weiter steigenden Mieten.

Wie wird die Zukunft der Wohnungsmärkte aussehen? Günther plädierte in seinem Fazit dafür, Prognosen nicht als Wahrsagerei zu verklären, sondern sich ihrer als Mittel zum Aufzeigen von Handlungsbedürfnissen zu bedienen. Für die Zukunft der Wohnungsmärkte bedeutet dies, sich den unausweichlichen Tatsachen zu stellen, dass die Zahl der älteren Menschen erheblich zunehmen und die Zahl der Erwerbstätigen sinken wird. Darüber hinaus wird man sich davon verabschieden müssen, dass reale Einkommenssteigerungen die Regel seien. Günther geht stattdessen davon aus, dass weiter sinkende Einkommen für große



Mieterbund Darmstadt
Für eine solidarische Wohnungspolitik

„Das Mietrecht verhindert keine Investitionen, sondern sichert den Lebensmittelpunkt der Menschen und die Einnahmen der Vermieter.“

„Die knappen Mittel der Wohnraumförderung müssen vorrangig für den Bau und die sozialverträgliche Modernisierung öffentlich geförderter Mietwohnungen verwendet werden.“

FÖRDERN SIE UNSERE BROSCHÜRE AN
„LEITLINIEN FÜR EINE SOLIDARISCHE WOHNUNGSPOLITIK“

www.mieterbund-darmstadt.de Tel.: 06151-487990



Mieterbund Darmstadt
Für eine solidarische Wohnungspolitik

„In einigen Jahren wird jeder zweite Haushalt in Deutschland ein Einpersonenhaushalt sein, ein Großteil davon Senioren, die mit Renten knapp an der Armutgrenze auskommen müssen.“

„Nur eine erhebliche Aufweitung des Bestandes an kleinen, bezahlbaren und barrierefreien Wohnungen kann die besorgniserregende Altersarmut vieler Rentner mildern.“

FÖRDERN SIE UNSERE BROSCHÜRE AN
„LEITLINIEN FÜR EINE SOLIDARISCHE WOHNUNGSPOLITIK“

www.mieterbund-darmstadt.de Tel.: 06151-487990

Teile der Haushalte unvermeidbar sein werden und ein Absinken des Lebensstandards für viele unausweichlich sein wird. Die städtischen Zentren werden schon allein deshalb auch in der nächsten Zukunft einer eklatanten Wohnungsknappheit gegenüberstehen, weil nicht nur die Kosten des Wohnens, sondern auch die Kosten der Mobilität durch weiter steigende Energiepreise erheblich steigen werden. Der Zuzug in die Städte auf Kosten der ländlichen Regionen bleibt ungebrochen. Auch für Matthias Günther bleibt die Ausweitung der öffentlichen Wohnungsbestände die zentrale Forderung der Zukunft. ■

Weitere Zahlen und Fakten des Vortrages finden Sie auf der Internetseite www.mieterbund-darmstadt.de unter Wohnungspolitik Darmstädter MieterPlenum 2014.

Leitlinien einer solidarischen Wohnungspolitik

■ Der Vorstand des Mieterbundes Darmstadt hat anlässlich seiner Mitgliederversammlung sein wohnungspolitisches Programm für die nächsten Jahre vorgestellt. In den Leitlinien für eine solidarische Wohnungspolitik sollen neben einer Situationsanalyse auch Handlungsmöglichkeiten verschiedener Akteure aufgezeigt und auf die Steuerungsnotwendigkeiten einer sozialen Wohnungspolitik hingewiesen werden. Das Programm ist in Form einer Broschüre erschienen und stellt neben einer aktuellen Situationsanalyse Forderungen an den Bund, das Land Hessen und die Kommunen zusammen, die dazu beitragen sollen, die Wohnungsknappheit auf den südhessischen Wohnungsmärkten zurückzudrängen und in Zeiten sinkender Einkommen und eklatant steigender Mieten mit deutlichen Worten eine solidarische Wohnungspolitik einzufordern. Die

Versorgung mit energieeffizienten, barrierefreien, unantastbaren, bezahlbaren Wohnungen muss wieder zum Mittelpunkt der öffentlichen Daseinsvorsorge gemacht werden, denn die Versorgung aller Menschen mit angemessenem Wohnraum sichert für uns alle den sozialen Frieden.

Die Broschüre übersendet der Verein Ihnen gerne auf Wunsch. Zum Download finden Sie die Leitlinien auf unserer Internetseite www.mieterbund-darmstadt.de.

90. Mitgliederversammlung

■ Bei der 90. Mitgliederversammlung wurde den Mitgliedern des Mietervereins Darmstadt der weitere Ausbau einer soliden finanziellen Basis im Geschäftsjahr 2013 im Kassenbericht verdeutlicht.

Die Mitgliederzahlen haben sich im Jahr 2013 wieder leicht um knapp zwei Prozent nach oben entwickelt. Der Verein hat das Jahr 2014 mit einem aktiven Mit-

gliederbestand von 13.433 Mitgliedern begonnen.

Die beiden bewährten Kassensprecherinnen, Auguste Hildebrandt und Lore Hess, stellten sich erfreulicherweise ein weiteres Mal zur Wahl für das Amt der Kassensprecherinnen zur Verfügung. Ihnen zur Seite gestellt wurde von der Versammlung mit ebenfalls einstimmiger Wahl Ernst Herbert Lehl, der die beiden Damen künftig bei ihrer akribischen Überprüfung der Vereinskasse unterstützen wird.

Da im sogenannten erweiterten Vorstand noch ausreichend freie Plätze zur Verfügung standen, wurde Oliver Schroen in einer Nachwahl in den Vorstand gewählt. Oliver Schroen wies bei seiner Vorstellung darauf hin, dass er bereits vor 25 Jahren im Vorstand des Mietervereins aktiv gewesen ist. Obwohl er für einen langen Zeitraum beruflich in Berlin lebte, war er dem Mieterverein als Mitglied immer treu verbunden geblieben. Im erweiterten Vorstand sind mehrere Plätze frei.

Mieterbund Darmstadt
Für eine solidarische Wohnungspolitik

„Die Kosten des Klimaschutzes müssen gerechter verteilt werden.“

„Im Moment werden die Maßnahmen zur Erreichung der Klimaschutzziele im Wohnungsbau einseitig auf dem Rücken der Bewohner ausgetragen. Viele Mieter müssen nach energetischen Sanierungsmaßnahmen ihre Wohnungen verlassen, weil die Mieten nicht mehr bezahlbar sind.“

FÖRDERN SIE UNSERE BROSCHÜRE AN
„LEITLINIEN FÜR EINE SOLIDARISCHE WOHNUNGSPOLITIK“

www.mieterbund-darmstadt.de Tel.: 06151-497980

Mieterbund Darmstadt
Für eine solidarische Wohnungspolitik

„Wohnungen verkommen zur Ware, Mieter zum Inventar“

„Eine bezahlbare Wohnung zu finden ist längst kein Randproblem mehr“

„Immer mehr Menschen sind auf staatlich subventionierte Wohnungen angewiesen, die es immer weniger gibt.“

„Immer weiter entfernen wir uns von der Vision einer verteilungs- und einkommengerechten Gesellschaft“

FÖRDERN SIE UNSERE BROSCHÜRE AN
„LEITLINIEN FÜR EINE SOLIDARISCHE WOHNUNGSPOLITIK“

www.mieterbund-darmstadt.de Tel.: 06151-497980